



Integrationsarbeit als deutlich höher als das tatsächliche Engagement erweist.

Abschließend ist festzuhalten, dass das Land Niedersachsen mit dem Lotsenprojekt positive Effekte erzielt. Das Lotsenprojekt ermöglicht nicht nur eine soziale Orientierung in der Einwanderungsgesellschaft. Durch die damit erfolgte Nutzung von Ressourcen freiwilliger Integrationshelfer werden auch Schwierigkeiten von Zugewanderten im Integrationsprozess individuell abgebaut. Die Entwicklung von Freiwilligenkarrieren in der Integrationsarbeit erweist sich als ausbaufähig. Mobilisierungsanstrengungen des Landes im Rahmen des Lotsenprojektes haben mehr Potenziale: Bei derartigen kommunal adressierten Initiativen bietet es sich an, Strategien und

Zuständigkeitsbereiche der Kommunalpolitik und der Landesregierung zu klären. Da das Ehrenamt keinen Selbstläufer darstellt, ist die Nachhaltigkeit der Qualifizierungsangebote für freiwillige Integrationshelfer zu sichern.

Dr. Marina Seveker, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück

Judith Paral (M.A.) und Sarah Temborius (M.A.) waren Mitarbeiterinnen im Projekt „Integrationslotsen in Niedersachsen“ (2008–2009).

Julia Marth, Andreas Grau

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum: zur Rolle der politischen Kultur

Der vorliegende Beitrag referiert erste Teilergebnisse aus dem Projekt „Reflexive Stadtgesellschaft“, das Bestandteil des öffentlich geförderten Modellprojektes „Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort“ (SoRA-ZO)¹ ist, über das erstmals im Forum Wohnen und Stadtentwicklung 04/2008 berichtet wurde. Die zentrale Frage des Projektes lautet: Wie ist es in dieser Gesellschaft um das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft, religiöser Überzeugungen, sexueller Lebensstile etc. im Hinblick auf die zugesprochene und realisierte Gleichwertigkeit bestellt?

Das Projekt „Reflexive Stadtgesellschaft“

Es ist unstrittig, dass wir es im Zeitalter der Globalisierung und in einer Zeit der Krisen mit zunehmend komplexer werdenden gesellschaftlichen Entwicklungen zu tun haben. Offen ist die Frage, was das für die Individuen bedeutet und welche Folgen dies für das Zusammenleben in Gemeinden, Städten und Stadtteilen hat. Vorurteile gegenüber sozial schwachen Gruppen (z.B. Einwanderer, Individuen mit muslimischem Glauben, obdachlose Personen etc.) und feindselige Mentalitäten in Teilen der Gesellschaft können hierfür einen aussagekräftigen Indikator bilden (vgl. Publikationsreihe „Deutsche Zustände“ 1 – 7). Gleichzeitig existiert in zahlreichen Gemeinden und Städten, teilweise auch in einzelnen Wohngebieten, große Beunruhigung über Aktivitäten demokratiefeindlicher

Parteien und Vereinigungen. Politische Anstrengungen solcher Gruppierungen können sich mit den Einstellungen in der Bevölkerung verbinden und in den Sozialräumen eine feindselige Normalität schaffen.

Damit rückt letztlich die Frage in den Mittelpunkt: Wie wollen wir in unserer Stadt, in unserer Gemeinde leben? Diese Frage ist u.a. deswegen zentral, weil feindselige Mentalitäten in der Bevölkerung auch als Legitimationsgrundlage für rechte Parteien, Vereinigungen etc. zur politischen Instrumentalisierung und weiteren Verbreitung *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* (d. h. abwertende Einstellungen gegenüber verschiedenen sozial schwächeren Gruppen, die auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit beruhen und damit als Legitimationsfundus für rechtsextreme Aktivitäten dienen; kurz: GMF), der Diskriminierung bestimmter Gruppen und von Gewalt genutzt werden.

Um solchen demokratiegefährdenden Prozessen systematisch entgegenzuwirken, bedarf es nicht zuletzt eines funktionierenden Gemeinwesens, in dem insbesondere die Aktivierung

¹ Das Modellprojekt wird vorrangig finanziell gefördert vom Bundesministerium des Innern (BMI), unter Mitwirkung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) sowie des Landespräventionsrats Niedersachsens (LPR) und nicht zuletzt vom Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw). Die Konzeption und Realisierung des Modellprojektes liegt beim Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld.



der breiten Bevölkerung eine wichtige Rolle spielt. Denn je größer die Bereitschaft innerhalb der Bevölkerung ist, sich aktiv zu engagieren, so die Annahme, desto stärker sind der Zusammenhalt und die Solidarität in einer Stadtgesellschaft zu bewerten und umso weniger Anknüpfungspunkte für rechts-extremes Gedankengut finden sich.

Wie die Partizipationsbereitschaft in der Bevölkerung gezielt gefördert werden kann, ist eine der Forschungsfragen des Projektes „Reflexive Stadtgesellschaft“. Der neue Ansatz des Modellprojekts betont dabei den lokalen Zusammenhang, denn dieser bestimmt den Handlungsrahmen der meisten Menschen. Ziel der Studie ist es, wissenschaftlich-empirische Ergebnisse für örtliche Akteursgruppen zur Verfügung zu stellen, um ausgehend von den je lokalspezifischen Besonderheiten eine gezielte Veränderung des Zusammenlebens vor Ort zu erreichen, d. h. über die vor Ort existierenden Institutionen (Vereine, Schulen, lokale Politik etc.) insbesondere das soziale Klima zu verbessern.

Dazu wurden in bisher insgesamt sechs ostdeutschen sowie drei westdeutschen Orten zunächst repräsentative Bevölkerungsbefragungen zu den Themenkomplexen *gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, soziale Desintegration und bürgerschaftliches Engagement durchgeführt. Die Auswahl der Modellräume orientierte sich dabei an einer Reihe von Faktoren, die die Kategorisierung eines Ortes anhand verschiedener struktureller Merkmale zulässt (etwa Entwicklung der Einwohnerschaft, Erwerbstätigenquote oder Ausländeranteil) und eine Beschreibung als „abwärtsdriftend“, „stagnierend“ oder „aufwärtsstrebend“ ermöglicht (vgl. a. Hüpping/Reinecke 2007). Neben diesen sozialstrukturellen Faktoren ist ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Bewertung eines Sozialraums die Beschaffenheit der politischen Verhältnisse vor Ort, die sich u. a. über die Stärke der in einem kommunalen Rat oder Parlament vertretenen Fraktionen äußert. Die Anlage der Untersuchung sieht also bereits eine zentrale Rolle für Aspekte der politischen Kultur vor, denn ihre Beschaffenheit ist ein wesentlicher Indikator für den Zustand von Demokratie.

Politische Kultur als Indikator für den Zustand von Demokratie

Der Begriff der politischen Kultur geht auf Almond und Verba zurück, die in ihrer prominenten Studie zu *Civic Culture* „die Fragen nach der Stabilität eines politischen Systems und nach dem Verhältnis von Struktur und Kultur“ (Pickel/Pickel 2006, 59) in den Mittelpunkt stellten; fokussiert wird also ausdrücklich die Beziehung zwischen Bürger und Gesellschaftssystem. Die politische Kultur umschreibt in diesem Zusammenhang die Verteilung der politischen Einstellungen (affektiv), Wahrnehmungen (kognitiv) und Bewertungen (evaluativ) von Bürgerinnen und Bürgern in Bezug auf insgesamt vier Aspekte, die Pickel und Pickel (2006) wie folgt benennen: 1. Empfindungen des Egos innerhalb des politischen Systems (beinhaltet politi-

sche Überzeugungen, politisches Interesse und Wissen etc.); 2. Einstellungen gegenüber den strukturellen Systemcharakteristika (etwa eine grundsätzlich positive Haltung gegenüber der demokratischen Staatsform); 3. Bewertung der Inputmöglichkeiten (also der individuellen Teilhabe an politischen Prozessen) sowie 4. Bewertung des Outputs eines politischen Systems (etwa die Leistungsfähigkeit eines politischen Regimes u. Ä.; vgl. ebd., 60 f.)

Für demokratische Gesellschaften ist eine bestimmte Form der politischen Kultur kennzeichnend, die eine starke Partizipation der Bürgerschaft impliziert. Als politische Gemeinschaft erfüllen die Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Funktion für den Erhalt demokratischer Regime und ihrer spezifischen institutionellen Ordnung², wenn sich die Individuen dieser Gemeinschaft zugehörig fühlen und ihr Loyalität entgegenbringen. Almond/Verba (1965, 14 und 192) und Easton (1979, 190 ff.) sehen in diesem Zusammenhang ein Mindestmaß an positiven Einstellungen zum politischen Regime und zur politischen Gemeinschaft als unverzichtbares Erfordernis für den Systemerhalt von Demokratien an. Über diese Annahmen, also über die Notwendigkeit systemaffirmierender Einstellungen, besteht in einer Reihe von Forschungsarbeiten zur Stabilität von Demokratien hinreichend Konsens. So kommen bspw. Finkel et al. (1985) zu dem Ergebnis, dass die Teilhabe von Bürgern an politischen Prozessen als Fundament demokratischer Ordnungen sowohl durch ein starkes politisches Selbstbewusstsein als auch durch eine positive Bewertung der Responsivität der politischen Akteure positiv beeinflusst wird. D. h. im Umkehrschluss, dass über einen längeren Zeitraum andauernde „Politikverdrossenheit“ zu politischer Apathie führen dürfte, möglicherweise systemgefährdende Aktivitäten fördert und die Bevölkerung unter Umständen für demagogische Einflüsse öffnet etc.

Im Zusammenhang mit der Identifikation und näheren Beschreibung demokratiegefährdender Strömungen in der Bevölkerung haben wir diese Annahmen auf den lokalen Bezugsrahmen von Individuen angewendet. Politische Kultur meint hier also die Verteilung von individuellen Einstellungen hinsichtlich verschiedener politischer Sachverhalte in der Bevölkerung eines lokal begrenzten Sozialraums. Für die Vertiefung der Frage nach Relationen zwischen der politischen Kultur in einem Sozialraum und der Verbreitung abwertender Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen nehmen wir im Folgenden ein Element politischer Kultur in den Blick, das sich im Rahmen einer Reihe von Untersuchungen als zentraler Faktor für das individuelle Ausmaß an *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* herausgestellt hat: politische Machtlosigkeit, eine konzeptionelle Spezifikation des von Almond und

² Unter dem Begriff „politisches Regime“ subsumiert Easton eine Reihe grundlegender Merkmale, die charakteristisch für Demokratien sind, etwa die Garantie von Grundrechten, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung und das Rechtsstaatsprinzip. Sie verleihen einem politischen System seine Identität als Demokratie und grenzen es von autoritären und totalitären Regimen ab.



Verba sowie Lane entwickelten Konzept zu Political Efficacy (auch: staatsbürgerliches Bewusstsein), die als wichtiges Merkmal der politischen Kultur in demokratischen Gesellschaftssystemen angesehen wird (vgl. Almond/Verba 1965; Lane 1959; zu „Politische Machtlosigkeit“ s. Klein/Hüpping 2008).

Die Wirkung von individuellen Gefühlen starker politischer Machtlosigkeit bzw. die Nicht-Teilhabe an politischen Prozessen hängt demnach nachweislich mit dem Grad individueller *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* zusammen (vgl. etwa Kühnel/Schmidt 2002; Mansel/Endrikat/Hüpping 2006). Uns hat nun interessiert, ob sich diese Relation auch auf lokaler Ebene replizieren lässt und inwieweit sich Unterschiede in Abhängigkeit von dem jeweils betrachteten Modellraum ergeben. Entsprechend den Annahmen des Modellprojekts ist dabei von einer deutlichen Varianz in den betrachteten Wirkungsgefügen auszugehen.

Politische Machtlosigkeit vor Ort und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Für den vorliegenden Beitrag haben wir insgesamt vier der neun bisherigen Untersuchungsorte ausgewählt, die sich hinsichtlich bestimmter kontextueller Merkmale deutlich voneinander unterscheiden und sowohl den ost- und den westdeutschen Teil der Republik repräsentieren (West 1 & 2/Ost 1 & 2). Bevor nun auf Zusammenhänge zwischen politischer Machtlosigkeit und individueller Menschenfeindlichkeit eingegangen wird, folgt zunächst ein Blick auf Gefühle politischer Machtlosigkeit in der Bevölkerung in den betrachteten lokalen Zusammenhängen.

	West 1	West 2	Ost 1	Ost 2
Ich halte es für sinnvoll, mich in meinem Ort zu engagieren.	66,7	67,2	65,8	66,3
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss auf das, was hier vor Ort geschieht.	53,4	43,9	54,5	61,5
Die örtlichen Politiker interessieren sich für das, was ich denke.	39,3	36,0	21,9	16,3

Tab. 1: Lokalbezogene politische Machtlosigkeit (nur Zustimmung/in %)

Im Hinblick darauf, für wie sinnvoll ein lokales Engagement erachtet wird, zeigen sich über alle Orte hinweg vergleichbar hohe Zustimmungswerte. Etwa zwei Drittel der Befragten in den vier Orten halten es für sinnvoll, sich in ihrem Wohnort zu engagieren. Tendenzen für Politikverdrossenheit und Unterschiede zwischen den Orten zeigen sich auf dieser Ebene also eher nicht. Anders hinsichtlich des responsiven Aspekts lokalpolitischer Machtlosigkeit: Nicht nur zeigen sich hier deutliche Differenzen zwischen den Sozialräumen, ganz generell fällt die Bewertung dieses Aspekts auch eher negativ aus.

Wir haben außerdem für drei ausgewählte Elemente *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* die Relation zum Ausmaß

Machtlosigkeit Befürwortung von ...		hoch	niedrig
	Etabliertenvorrechten	West 1	46,6
	West 2	29,5	18,9
	Ost 1	29,4	20,7
	Ost 2	39,6	28,1
Fremdenfeindlichkeit	West 1	36,4	12,3
	West 2	22,8	8,6
	Ost 1	30,0	19,8
	Ost 2	35,0	23,3
Abwertung Langzeitarbeitsloser	West 1	27,7	16,6
	West 2	22,3	13,7
	Ost 1	19,5	21,3
	Ost 2	23,3	17,0

Tab. 2: Lokalbezogene politische Machtlosigkeit und Syndromelemente GMF (in %)

individuell empfundener lokalbezogener politischer Machtlosigkeit, gemessen über die drei oben aufgeführten Variablen, in den Blick genommen.

Bis auf eine einzige Ausnahme (Abwertung Langzeitarbeitsloser/Ost 1) zeigt sich dabei eindeutig, dass Personen, die stark abwertende Einstellungen zeigen, auch in aller Regel von ausgeprägten Gefühlen politischer Machtlosigkeit berichten. Der Zusammenhang zwischen *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* und der Bewertung der eigenen politischen Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten zeigt sich also auch in lokalen Gefügen. Gleichzeitig zeigt sich aber auch erneut, dass die politische Machtlosigkeit auf lokaler Ebene sehr stark zwischen den Orten variiert.

Fazit und Ausblick

Trotz der im Rahmen der Sozialraumanalysen forcierten Varianz zwischen den Untersuchungsorten wird deutlich, dass die Qualität der politischen Kultur im Zusammenhang mit demokratiefeindlichen Strömungen und Stärkung von Zivilgesellschaft offenbar nicht verhandelbar ist: Sie stellt in dem betrachteten Wirkungsgefüge unabhängig von den je unterschiedlichen sozialräumlichen Bedingungen einen relevanten Faktor dar. Dieses Ergebnis stützt damit nicht nur die Konzeption des Modellprojekts, das von der zentralen Rolle der politischen Kultur als weichem und damit in praktischen Interventionsansätzen zu fokussierendem Faktor ausgeht. Gerade die Tatsache, dass die wahrgenommene politische Machtlosigkeit zwischen den Orten gegeben ist, deutet auf einen enormen Einfluss der lokalen politischen Akteure auf das Zusammenleben vor Ort hin. Damit wird die ausgesprochen wichtige Rolle politischer Akteure herausgestellt, die in maßgeblicher Weise an den politischen Gegebenheiten vor Ort und damit an der Gestaltung der politischen Kultur beteiligt sind. Dies erscheint zunächst trivial, aber die ersten Auswertungen zeigen, dass



eine geringere politische Machtlosigkeit auf lokaler Ebene mit einem geringeren Ausmaß an abwertenden Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen einhergeht. Somit können politische Akteure über die Gestaltung der politischen Kultur starken Einfluss auf die Einstellungen und Bewertungen innerhalb der Bevölkerung nehmen. Unsere zentrale Annahme, dass es differenzierte Sozialräume gibt, die in ihrer Qualität des Zusammenlebens nicht (nur) über objektive Strukturdaten allein, also Raum- und Bevölkerungsdaten, angemessen erfasst werden können, sondern im Zusammenspiel mit subjektiven Interpretationen und Einstellungen der Bewohnerschaft, konnte am Beispiel der politischen Machtlosigkeit bestätigt werden.

Julia Marth, Andreas Grau

Modellprojekt „Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort (SoRa-ZO)“, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), Universität Bielefeld

Quellen:

Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1965): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Boston.

Easton, David (1979): *A System Analysis of Political Life*. Chicago

Finkel, Steven E. (1985): Reciprocal Effects of Participation and Political Efficacy: A Panel Analysis. In: *American Political Science Review*, Vol. 29, pp. 891-913.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002): *Deutsche Zustände*, Folge 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2003): *Deutsche Zustände*, Folge 2. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2005): *Deutsche Zustände*, Folge 3. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2006): *Deutsche Zustände*, Folge 4. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2007): *Deutsche Zustände*, Folge 5. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2008): *Deutsche Zustände*, Folge 6. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2009): *Deutsche Zustände*, Folge 7. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Hüpping, Sandra/Reinecke, Jost (2007): Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Folge 5. Frankfurt/M.: Suhrkamp. 77–101.

Klein, Anna/Hüpping, Sandra (2008): Politische Machtlosigkeit als Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Folge 6. Frankfurt/M.: Suhrkamp. 164–185.

Kühnel, Steffen/Schmidt, Peter (2002): Orientierungslosigkeit. Ungünstige Effekte für schwache Gruppen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Folge 1. Frankfurt/M.: Suhrkamp. 83–95.

Lane, Robert E. (1959): *Political Life. Why and How People Get Involved in Politics*. New York.

Mansel, Jürgen/Endrikat, Kirsten/Hüpping, Sandra (2006): Krisenfolgen. Soziale Abstiegsängste fördern feindselige Mentalitäten. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Folge 4. Frankfurt/M.: Suhrkamp. 39–66.

Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2006): *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Brigitte Karhoff

Modellhaftes Wohn- und Versorgungsmodell für ältere Migranten

Pro Wohnen international Oberhausen



Mit „Pro Wohnen – internationales Wohnen“ ist ein Projektvorhaben zur Verbesserung der Wohn- und Versorgungssituation insbesondere für ältere Migranten in „ihrem“ vertrauten Wohnquartier realisiert worden. Vor Jahren kamen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aus der Türkei, aus Italien, Griechenland und Osteuropa nach Deutschland, sie arbeiteten hier und leben nun in der dritten, vierten Generation hier. In der Vergangenheit boten ihnen traditionelle Familienstrukturen für das Leben im Alter ausreichend Unterstützung. Aber die Familienstrukturen der zweiten und dritten Generation verändern und vervielfältigen sich; die Anzahl der Großfamilien unter einem Dach wird geringer.

„Pro Wohnen international“ wurde im Rahmen des Bundesforschungsfeldes „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau – ExWoSt) auf den Weg gebracht. Hierüber gab es eine dreijährige Anschubfinanzierung für die Projektentwicklung,

die personelle Unterstützung und auch für den Umbau von Wohnungen. Die in den Fünfzigerjahren errichtete Bergarbeiter-Siedlung mit ihren zwei- und dreigeschossigen Zeilenbauten wurde als geeignetes Modellgebiet ausgewählt: Über die Hälfte der 2.000 Einwohner dort sind Zuwanderer, inzwischen